Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 535 — DIENSTAG, 8. NOVEMBER 1932 — MORGEN-AUSGABE

Abbruch des Verkehrsstreiks

Aber noch Ausschreitungen in den Abendstunden

In später Abendstunde hat die „Zentrale Streikleitung der Berliner Verkehrsarbeiter" sich zu dem Entschluß durchgerungen, den praktisch zusammengebrochenen Verkehrsstreik offiziell abzubrechen. Es wird erwartet, daß heute früh alle Angestellten der B. V. G., soweit sie in der Nacht von dem Beschluß unterrichtet werden können, zum Dienst erscheinen. Die Streikleitung betont, daß sie eine Wiedereinstellung der bereits entlassenen 1000 B. V. G.-Angestellten erwarte. Jedenfalls hat der fünftägige Berliner Verkehrsstreik sein Ende gefunden.

Um so bedauerlicher ist, daß es gestern abend in Berlin wieder zu schweren Ausschreitungen von nationalsozialistischen und kommunistischen Streikhetzern gekommen ist, bei denen es Verletzte gab. Wir berichten darüber im Innern des Blattes.

Papen berichtet dem Reichspräsidenten

Der Standpunkt der Reichsregierung — Reichstag Anfang Dezember

Reichskanzler von Papen hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten über das Wahlergebnis und über die politischen Auffassungen des Reichskabinetts Bericht erstattet. Das Reichskabinett wird voraussichtlich am Mittwoch zusammentreten und die Vorschläge vorbereiten, die dem Reichspräsidenten gemacht werden sollen. Eine Fühlungnahme mit den Parteiführern kommt nicht vor der nächsten Woche in Betracht. Man rechnet damit, daß die Reichsregierung bei der Einberufung des neugewählten Reichstages die von der Verfassung eingeräumte Frist von dreißig Tagen voll ausnutzen wird. Der Reichstag würde dann am 5. oder 6. Dezember zusammentreten.

Als Meinung der Regierung wird auch nach der Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler die Auffassung verbreitet, daß die Regierung bereit sei, mit allen Kräften zusammen zu arbeiten, die ihr Programm unterstützen wollen. Im einzelnen stellt sich diese Auffassung folgendermaßen dar: An der Lage habe sich für die Reichsregierung durch das Ergebnis der Reichstagswahlen nichts Wesentliches geändert. Sie habe vor allem keinen Anlaß, von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen. Es werde jetzt an den Parteien liegen, ob der Reichstag in der Lage sei, positive Arbeit zu leisten. Die Regierung sei bestrebt, ohne Aenderung ihres Grundcharakters als Präsidialregierung ihre Grundlage zu erweitern. Sie halte die Arme für jeden offen, der zur Mitarbeit bereit sei.

Als weitere Ergänzung zu dieser offiziösen Erklärung hört man, daß die Reichsregierung die Frage der Verfassungsreform zum Prüfstein für den guten Willen der Parteien machen will. Sie werde ihren Entwurf auf jeden Fall dem neuen Reichstag vorlegen; dann werde sich zeigen, welche Parteien auf der Grundlage dieses Entwurfs mit ihr zusammenarbeiten wollen oder nicht.

Es liegt nahe, in der offiziösen Verlautbarung ein Verhandlungsangebot zu erblicken. Wie es aufgenommen wird, darüber läßt sich im Augenblick nichts sagen, da der Partner, an den sich ein eventuelles Angebot in erster Linie richten müßte, die Nationalsozialisten, einstweilen noch keinerlei Anstalten zum Einlenken macht.

In der nächsten Kabinettssitzung soll auch die Entscheidung über die Kontingentierungspolitik fallen, die auf die Zeit nach den Wahlen vertagt worden war.

Finnische Offiziere bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing gestern die vom früheren Reichswehrminister Finnlands, General Freiherrn von Mannerheim geführte finnische Offiziersdelegation, die an der Gustav-Adolf-Feier in Lützen teilgenommen hat.

Wer gewinnt?

Der württembergische Staatspräsident Bolz, der im Zentrum immer mehr in den Vordergrund rückt, hat die Wahlbetrachtung, die er an dieser Stelle vor einer Woche veröffentlichte, mit dem sehr ernsten Hinweis geschlossen, daß Verfassungsbruch und Diktatur unvermeidbar seien, wenn nicht nach den Wahlen eine Notgemeinschaft der Parteien zustandekomme. Wir alle werden uns in den nächsten Wochen mit diesem Entweder—Oder auseinandersetzen müssen. Der äußere Anschein deutet auf eine solche Zuspitzung, die von den einen gefürchtet, von den anderen erhofft wird. Es könnte aber auch sein, daß der Schwebezustand verlängert wird, der weniger unerträglich wäre, wenn etwas geräuschloser regiert würde.

Der Reichskanzler — frisch gewagt ist halb gewonnen — ist mit dem Wahlergebnis zufrieden. Was kann ihm vom Parlament her geschehen? Weniger als bisher in der einzig gefährlichen Richtung: der Bildung einer regierungsfähigen Koalition. Der erste Papen-Reichstag mußte beim ersten selbständigen Gehversuch sein junges Leben lassen. Sein Nachfolger wird Mühe haben, überhaupt auf die Beine zu kommen. Hugenberg kann jede positive Mehrheitsbildung verhindern. Eine solche Schlüsselstellung kann man nach verschiedenen Richtungen ausnützen, vor allem wurde in Personalfragen, die von Anfang an als Hintergrund des Kampfs gegen das „System" eine entscheidende Rolle spielten. Hugenberg hat große Erfahrung im Konzernwesen. Und er ist sehr zähe in der Aushandlung von Bedingungen. Er ist für die Regierung Papen-Bracht ein keineswegs bequemer Aufsichtsratsvorsitzender. Es könnte sein, daß die Einschaltung des Parlaments für ihre sachliche Arbeit größere Bewegungsfreiheit brächte, als heute die Bindung an das deutschnationale Machtstreben und an den großagrarischen Interessenkreis.

Preußen? Es gibt in Berlin nicht nur ein Kammergericht, sondern auch einen Landtag, trotz der staatsrechtlichen Operationen, die Preußen zu einem Schaubudenobjekt nach der Art des Kalbes mit zwei Köpfen machen. Und dieser Landtag mit seiner schwarzbraunen Mehrheit kann nicht durch eine rote Mappe „erledigt" werden. Hier ist eine der wenigen Lücken des Artikels 48. Nach Artikel 14 der preußischen Verfassung kann eine Auflösung nur durch eigenen Beschluß des Landtags oder durch Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtags und des Staatsrats bestenden Ausschusses oder durch Volksentscheid erfolgen. Alle drei Möglichkeiten scheiden praktisch aus. Hier und im Reichsrat ist das Gegenspiel im Besitz starker Trümpfe.

Im übrigen gilt die Parole: abwarten! Die ersten Tage nach den Wahlen gehören noch der Tribüne und den Tribunen. Nicht alles, was heute erklärt wird, ist so ernst gemeint, wie es klingt. Es wäre aber falsch, Hitlers Kampfruf nur als taktische Maßnahme zu bagatellisieren. Vom Standpunkt des absoluten Parteimonarchen gesehen, ist die Ankündigung, daß der Kampf „bis zur Niederringung der Gegner rücksichtslos fortzusetzen" sei, bitter ernst gemeint. Wie Hitler in den Anfängen der Partei die fünfundzwanzig Punkte des „Programms" trotz ihres offenkundigen Widersinns für „unabänderlich" erklären ließ, um allen theoretischen Erörterungen ein Ende zu machen, so soll jetzt jede Diskussion über die Taktik unterbunden werden. Der Befehl zum neuen Angriff soll verhindern, daß die Truppe über die Niederlage, ihre Ursachen und ihre Folgen nachdenkt. Die „Pgs" aller Stufen werden wieder einmal daran erinnert, daß sie nicht zu denken, sondern zu gehorchen haben.

Das gilt nicht nur für die braunen Massen der gewöhnlichen Parteisoldaten und das Gewimmel der Mitläufer, das gilt auch für die Großoffiziere der Bewegung, die etwas ungeduldig werden, wenn sie hören, daß Hitler davon spricht, er wolle erst noch 30 oder 50 Millionen von seiner göttlichen Mission überzeugen. Ihnen allen wird vorbeugend — jeder Abdul Hamid mißtraut seinen Vertrauten — eingeschärft: „Ehe dieses Regiment und die es deckenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln."

„Aeußerste Verstärkung der Propaganda", „Einleitung des neuen Propagandafeldzuges", „Zurückstellung aller organisatorischen Fragen": das ist das Rezept, mit dem der „Führer" alle Zweifel an seinen Verheißungen kurieren will. Er beruft sich dabei auf die Taktik, die er einschlug, als die erste Entscheidung bei der Reichspräsidentenwahl die bis zum Fanatismus gesteigerten Siegeshoffnungen enttäuschte. Damals hat Hitler durch die sofortige Wiederaufstellung seiner Kandidatur den Defaitismus in den eigenen Reihen

Weltwirtschaftskonferenz erst Ende März

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 7. NOVEMBER

Das vorbereitende Komitee für die Weltwirtschafts- und Währungskonferenz unter dem Vorsitz des Direktors der Niederländischen Bank, Dr. Trip, hat heute abend seine sachlichen Arbeiten abgeschlossen. Nur der wirtschaftliche Teil des Komitees wird morgen noch seinen Sonderbericht fertigstellen.

Erst in der um das Jahresende stattfindenden zweiten Tagung des vorbereitenden Komitees wird man zu wirklich positiven Beschlüssen über das Arbeitsprogramm der Konferenz kommen, **die in London wahrscheinlich nicht vor Ende März oder Anfang April 1933 zusammentreten soll.** Der Grund für diese Verspätung der Konferenz liegt in der Unmöglichkeit, jetzt schon die Haltung der künftigen amerikanischen Regierung zum Schuldenproblem vorauszusehen. Damit hängen aber direkt oder indirekt auch alle Fragen zusammen, die auf der Weltwirtschaftskonferenz behandelt werden sollen.

Besonders deutlich kam das heute abend in einer Rede des englischen Delegierten Leith-Ross zum Ausdruck, der sehr nachdrücklich auf die unbedingte Notwendigkeit hinwies, daß die Regierungen zu Vereinbarungen internationaler Art, besonders auf dem Gebiete der Kreditgebarung, gelangen. Aus einer eindrucksvollen Darstellung der heutigen Lage der Weltwirtschaft zog er die Folgerung, daß die Regierungen viel Zeit nicht mehr zu verlieren haben, wenn die Weltwirtschaft nicht in ein unheilbares Chaos geraten soll. Dieser Warnung hat sich im wesentlichen der deutsche Delegierte Dr. Posse angeschlossen.

Roosevelt 6:1

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 7. NOVEMBER

Die Begeisterung für Roosevelt schlägt hohe Wellen. Die Wetten in Wallstreet stehen heut am letzten Abend vor der Wahl sechs zu eins für Roosevelt, dem bei seiner Aufstellung in Chicago selbst von seinen Anhängern nur die gleichen Chancen wie Hoover zugebilligt wurden.

Neue Hungermärsche auf Washington

Das Polizeikommando in Washington hat aus verschiedenen Teilen des Landes Meldungen erhalten, daß mehrere Gruppen von Erwerbslosen und notleidenden Farmern dem Beispiel der Veteranen folgen und Hungermärsche auf Washington unternehmen wollen. Eine Gruppe von Kommunisten wird am 5. Dezember, an dem der Kongreß wieder zusammentritt, in der Hauptstadt erwartet. Zwei Tage später sollen Abgeordnete von Farmerverbänden und Farmersiedlern eintreffen. Schließlich haben auch die arbeitslosen Seeleute angekündigt, daß sie einen Marsch auf Washington unternehmen wollten, wenn nicht die Regierung Maßnahmen zur Linderung ihrer Notlage ergreift.

Der Schah besucht den Ghasi

Resa Khan, der Schah von Persien, wird demnächst zu einem amtlichen Besuch in die Türkei kommen. Präsident Mustafa Kemal wird ihm bis nach Van, in der Nähe der Grenze, entgegenreisen und mit ihm über den weiteren Ausbau der türkisch-persischen Freundschaft verhandeln.